

Hannover, den 24. Februar 2006

Ende der Giftmüll-Ablagerung auf Sigmundshall in Sicht? BUND zeigt K+S die Gelbe Karte.

Bei einem 2-tägigen Erörterungsmarathon in Steinhude (Strandterrassen) wurden die zahlreichen Einwendungen gegen die Erweiterung der Kalihalde Sigmundshall (Wunstorf-Bokeloh) öffentlich diskutiert. Der BUND hat gegenüber Kali und Salz und dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG; ehemals Landesbergamt) unmissverständlich klargemacht, dass die Verstöße gegen Umweltrecht unverzüglich zu stoppen sind; auf mögliche strafrechtliche Konsequenzen wurde hingewiesen. Nach Einschätzung des BUND ist die Nachricht jetzt verstanden worden, doch letzte Gewissheit kann erst der Bescheid der Bergbehörde bringen.

Im Sinne einer konstruktiven Lösung erwartet der BUND jetzt Folgendes:

- Die Ablagerung von REKAL-Abfällen auf der Kalihalde muss unverzüglich beendet werden. Die REKAL-Anlage zur Salzschlackeaufbereitung muss nach dem Stand der Technik auf eine abfallfreie Produktionsweise umgestellt und ordnungsgemäß nach Immissionsschutzrecht genehmigt werden. Bereits abgelagerte REKAL-Rückstände sind nach Möglichkeit zu entfernen.
- Zur Überwachung der Staubdeposition und Luftqualität ist unverzüglich ein Netz von Messstellen gemäß der „Technischen Anleitung Luft“ einzurichten und zu betreiben. Der Radius des Überwachungsgebietes muss analog zur TA-Luft mindestens der 50-fachen Haldenhöhe entsprechen, d.h. ca. 6 km. Im Depositionszentrum, das durch ein meteorologisches Gutachten zu bestimmen ist, muss die Einhaltung aller gesetzlich vorgeschriebenen Immissions-Grenzwerte für Schwebstaub, Staubinhaltsstoffe und gasförmigen Schadstoffe überwacht werden.
- Bei dem bestehenden Grundwasserschaden im Osten der Kalihalde ist unverzüglich mit geeigneten Sanierungsarbeiten zu beginnen, die auch die Gefährdung für das Wasserwerk Hohenholz beseitigen.
- Auf eine Erweiterung der Rückstandshalde nach Norden ist zu verzichten, weil die Gefahr einer erneuten Grundwasserversalzung zu groß ist. Stattdessen sollen die

Rückstände aus der Kalisalzverarbeitung zu Industriesalz verarbeitet werden. Hierdurch kann auch eine Verringerung der Salzabwässer erreicht werden.

Der BUND wird in Kürze von sich aus ein integriertes Konzept zur Verminderung der Umweltbelastungen vorlegen.

Der BUND Experte für Technischen Umweltschutz, Dr. Krupp ist sich sicher: „Der Fall Sigmundshall hat Modellcharakter und ist weit über diesen Standort hinaus von Bedeutung. Eine umgehende Erfassung und detaillierte Dokumentation des Grundwasserzustandes im Umfeld aller deutschen Kalihalden ist jetzt dringend erforderlich, weil dort ähnliche Grundwasserschäden zu befürchten sind. Werden diese Salzeinträge nicht bald gestoppt, sind in einigen Jahrzehnten riesige Grundwasservorkommen nicht mehr nutzbar.“

Nach Ansicht des BUND führt an der Beseitigung der Rückstandshalden kein Weg vorbei. Aus Kostengründen kann diese Beseitigung nur durch eine stoffliche Verwertung der Rückstandssalze erfolgen. Die Verwertung zu Industriesalz ist technisch realisierbar und mit wirtschaftlichem Gewinn, zumindest aber kostendeckend möglich. Der Kasseler K+S Konzern ist für die meisten Hinterlassenschaften des deutschen Kalibergbaus unmittelbar oder als Rechtsnachfolger verantwortlich. Aufgrund der seit Jahren kräftig sprudelnden Gewinne ist der Konzern ohne weiteres in der Lage die nötigen Investitionen zu tätigen. Da der Konzern über seine Tochterfirma „esco“ auch ein großes Segment des Salzmarktes bedient, ist auch der Absatz gewährleistet.

BUND Vertreter Dr. Ralf Krupp: „Kali und Salz muss jetzt zwar etliche Kröten auf einmal schlucken, doch ist dies nur die Konsequenz aus einer uneinsichtigen Firmenpolitik in der Vergangenheit. Wenn K+S jetzt aber die Kurve zu einer umweltverträglicheren Produktion bekommt, wird am Ende auch die Firma selbst davon profitieren“. – K+S: Du bist Deutschland!

Mehr Informationen im Internet unter www.bund-hannover.de

Rückfragen: Dr. Ralf Krupp - BUND Region Hannover Tel.: 05136 - 7846

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND Region Hannover
Goebenstr. 3a
D-30161 Hannover

Tel.: (0511) 66 00 93
Fax.: (0511) 66 00 93
e-mail: bund.hannover@bund.net